

>Schwere Fehler endlich politisch diskutieren<

Deutsche Medien und Politiker betreiben Stimmungsmache im griechischen Wahlkampf.

Ein Gespräch mit Rudolf Hickel

Ende Januar wird es in Griechenland Neuwahlen geben. Laut Umfragen hat der linke Syriza-Chef Alexis Tsipras Chancen, an die Regierung zu kommen. Mainstream-Medien warnen nun, diese Aussicht mache die Finanzmärkte nervös. Gibt es überhaupt einen Grund dafür?

Die Angst, die die Medien mit der angeblichen Krise der Finanzmärkte schüren, wird sich nicht bestätigen. Das an die Wand gemalte Schreckensgespenst eines sogenannten Grexit, des Ausstiegs aus dem Euro, durch die Wahl der Linkspartei in Griechenland ist machtpolitisch durchsichtig. Sicherlich gibt es auf dem Kapitalmarkt einige Turbulenzen bei griechischen Anleihen und bei Aktien. Zu großen Verwerfungen wird es nicht kommen. Entscheidend ist: Nachdem die Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Kommission zusammen mit der deutschen Bundesregierung der griechischen Bevölkerung ungeheuerliche Zumutungen an Sozialabbau aufgebürdet haben, schaffen sich die Menschen jetzt endlich Luft mit der Neuwahl.

Klären wird sich, ob die griechische Bevölkerung bereit ist, den Deal „Finanzhilfen gegen Sozialabbau“ weiterhin zu ertragen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat – genau wie der Bundestagsabgeordnete Carsten Schneider (SPD) – prompt darauf hingewiesen, auch unter einer neuen Regierung von der Vertragstreue auszugehen. Ich finde es gut, wenn die schweren Fehler dieser Austeritätspolitik endlich politisch diskutiert werden.

Was ist von der Prognose zu halten, die Euro-Krise könne neue Fahrt aufnehmen?

Den Ausstieg Griechenlands aus dem Euro medial hochzuschreiben, halte ich für falsch. Selbst wenn es bei der griechischen Regierung in dieser Hinsicht zum Meinungswechsel kommen sollte, kann die deutsche Bundesregierung das gar nicht wollen. Hintergrund der Angstmacherei ist: Tsipras fordert einen Schuldenschnitt und will ein Ende des Spardiktats im krisengeschüttelten Griechenland einleiten. Der Schuldenschnitt würde den bundesdeutschen Haushalt, den der EU, sowie die EZB betreffen. Doch disziplinierende Eingriffe der Sanktionsokkupanten in den Wahlkampf in Griechenland von außen sind skandalös. Statt dessen sollte die Bundesregierung fragen: Warum eigentlich hat die bisherige Politik zum tiefen Absturz geführt? Wer nun auf den konservativen bisherigen Regierungschef Antonis Samaras, dessen wirtschaftliche Wachstumsrate von zwei Prozent und einen quasi ausgeglichenen Haushalt verweist, betreibt gefährliche Propaganda: Die Wirtschaft Griechenlands ist 2007 zu 40 Prozent eingebrochen, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 50 Prozent.

Wie beurteilen Sie das Wahlprogramm von Tsipras?

Weitgehend vernünftig! Höhere Mindestlöhne, 300.000 neu zu schaffende private und öffentliche Jobs, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können; kostenlose medizinische Versorgung, denn einige hatten sogar sterben müssen, weil sie Medikamente nicht bezahlen konnten. Die Einführung von Lebensmittelkarten ist auch keine Erfindung eines linken Spinners, sondern eine Reaktion auf die katastrophale vorangegangene Politik, um Not zu lindern. Tsipras will Korruption, Steuerhinterziehung und Kapitalflucht bekämpfen, um seine Maßnahmen zu finanzieren. Anderes als der Korruption Einhalt zu bieten, hat auch die EU nicht gefordert. Er müsse dafür belobigt werden. Die bisherige konservative Nea Dimokratia und die sozialdemokratische Passok haben versagt.

Die Blockupy-Bewegung wird im Januar anlässlich der Neueröffnung der EZB am 18. März in Frankfurt am Main Krisenproteste vorbereiten. Welche Anforderungen stellt die neue Entwicklung in Griechenland an die Bewegung?

Linke sollten sich nicht direkt einmischen und Griechen sagen, was sie wählen sollen. Einen entsprechenden Aufruf der der Partei Die Linke habe ich nicht unterschrieben. Denn auch die CDU versucht, direkt auf die Wahl Einfluss zu nehmen. Es gilt, die

Bundesregierung aufzufordern, ihre erpresserische und sozialverächtliche Politik gegenüber den Griechen zu beenden.

Interview: Gitta Düperthal

Rudolf Hickel ist Professor für Finanzwirtschaft und Forschungsleiter Finanzpolitik am Institut für Arbeit und Wirtschaft (IAW) an der Universität Bremen